



**Michael Scheffler**  
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

---

**Rede vom 21.07.2011**

**„Auf dem Weg in ein inklusives NRW“  
Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in  
Nordrhein-Westfalen voranbringen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2361

Herr Präsident!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Ich muss Ihnen gestehen: Ich kann die Enttäuschung der Kollegin Doppmeier, die sich eben hier geäußert hat, nicht verstehen. Ich glaube, es ist doch Aufgabe der Politik und auch Aufgabe der Landtagsabgeordneten, den Aktionsplan der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen zu begleiten und hier entsprechende Anregungen im Vorfeld mit einzubringen. Einen weiteren Grund kann ich auch noch nennen, warum wir uns entschieden haben, diesen Antrag hier heute vorzulegen. Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Bundessozialministerin der OECD einen Bericht zur UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt hat, der, schlicht gesagt, eine Enttäuschung war, der inhaltlich nichts enthalten hat außer Plattitüden und der die Situation in Deutschland nicht so geschildert hat, wie wir sie wahrnehmen, und auch nicht das geschildert hat, was auf den Weg gebracht werden muss, meine Damen und Herren.

Ich kann Ihnen nur sagen: Auf dem Landesverbandstag des Sozialverbandes am vorigen Freitag ist unser Antrag völlig anders bewertet worden, als das eben die Kollegin Doppmeier gemacht hat. Dr. Aichele von der Monitoring-Stelle in Berlin hat diesen Antrag außerordentlich begrüßt. Er hat gesagt, das wäre ein Antrag, der deutlich macht, dass die Politik verstanden hat, welcher Unterschied zwischen Integration und Inklusion besteht, und dass wir damit wesentlich weiter wären als andere Landtage in der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, das ist doch etwas, worüber wir uns freuen sollten: Hier macht die Politik einen Aufschlag, der auch von der Fachwelt begrüßt wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Kollegin Doppmeier, es geht nicht darum, zum Thema Sondereinrichtungen Ängste zu schüren – das machen wir nicht, und das wollen wir auch nicht. Aber es geht darum, auch mit der Umsetzung der UN-Konvention dafür zu sorgen, dass den Eltern ein Wahlrecht eingeräumt wird. Und das haben sie heute nicht. Heute werden die Kinder immer noch, egal, welche Behinderung sie haben, in Kästchen einsortiert, aus denen sie ihr ganzes Leben lang nicht mehr herauskommen. Ihre ganze

Bildungskarriere richtet sich danach aus, wo sie frühzeitig einsortiert worden sind. Und das wollen und das werden wir ändern, sodass die Eltern die Wahlmöglichkeit haben, und dass ihre Kinder auch die Möglichkeit haben, weiterführende Schulen zu besuchen.

(Zuruf von Ursula Doppmeier [CDU])

Ich denke, dazu steht auch viel in dem Antrag, den wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Kollege Neumann hat in seiner Rede eben deutlich gemacht: Es handelt sich hier auch um ein Menschenrecht, das umgesetzt werden muss und auch umgesetzt werden soll. Deswegen reden wir auch nicht mehr über das „Ob“, sondern über das „Wie“.

Das ist eine ganz zentrale und wichtige Aussage, die wir uns immer wieder vor Augen führen müssen. Ansonsten, meine Damen und Herren, will ich deutlich machen: Wir haben die Überweisung und nicht, wie das andere Fraktionen hier im Hause praktizieren, direkte Abstimmung beantragt. Diese Überweisung macht deutlich, dass die Tür auch für andere Fraktionen offensteht. Wir sind gern bereit, im Ausschuss zu diskutieren und hinterher einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, in dem sich alle Fraktionen des Landtags wiederfinden.

Ich bin mir sicher: Das würden die Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen außerordentlich begrüßen. Wir sind dazu bereit. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)